

Sehr geehrte(r) Abgeordnete(r),

Da ich mir große Sorgen um den Frieden in Deutschland und Europa mache, fühle ich mich durch die Haltung der Bundesregierung (Aufrüstung und der Lieferung schwerer Waffen) sehr bedroht.

Deshalb habe ich folgende Fragen an Sie:

1)

Der ethisch, moralische Anspruch in der Unterstützung der ukrainischen Regierung besteht vermutlich wohl

a) in der Hoffnung, dass durch die Waffenlieferungen der Krieg zu Gunsten der Ukraine möglichst schnell beendet und damit die Anzahl der Toten minimiert werden soll und

b) dem Gebot, in einem Angriffskrieg die Angegriffenen zu unterstützen.

Was ist Ihre Meinung dazu ?

2)

Diesem hohen ethisch, moralische Anspruch stehen folgende Argumente entgegen:

A1)

Wenn sich ein Kontrahent nicht schnell gegen den anderen durchsetzt, kommt es zu einem lang andauernden Krieg, in dem Soldaten und Zivilisten sterben und es viele Tote geben wird.

Welche evidenzbasierte Argumentation liegt dieser o.g. Hoffnung zugrunde?

Man denke nur an andere Kriege, wie z.B im Irak (Schätzungen sprechen von einer halben Million Toten) oder in Afghanistan (wo die Verbündeten im Stich gelassen wurden)

A2)

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hält es für möglich, dass die Lieferung schwerer Waffen einschließlich der Ausbildung ukrainischer Soldaten Deutschland in die Gefahr bringt, als Kriegspartei definiert zu werden.

Welche evidenzbasierte Argumentation liegt der Hoffnung zugrunde, dass es keinen Atomkrieg gibt, in dem sehr viele Menschen sterben werden?

A3)

a)

Können Sie begründen, warum in den bisherigen völkerrechtswidrigen Angriffskriegen (der jüngeren Vergangenheit) von Deutschland keine Waffen an die Angegriffenen geliefert wurden ?

Siehe unten: 5) Zur Information

Unterstützung des emanzipatorischen Projekts Rojava.

b)

Wie Sie wissen, will die türkische Regierung wieder Rojava überfallen.

Stimmen Sie da auch einer Waffenlieferung (auch schwere Waffen) an die Selbstverteidigungseinheiten der YPG zu ?

Wenn nein, warum ?

Verlangen Sie von der Bundesregierung eine klare Verurteilung (mit Sanktionen! falls es zu einem Überfall kommt) des offen angekündigten neuen Überfalls der Türkei auf die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava)?

Wenn nein, warum ?

c)

Wie passt damit der o.g. ethisch, moralische Anspruch und die angeblich "wertgeleitete" deutschen Außenpolitik (man beachte das lange Schweigen von Außenministerin Annalena Baerbock zu Ankaras Krieg gegen Rojava und die zahme Kritik - im vergleich mit der Ukraine - am 29.7.22 in der Türkei) zusammen? Ist das nicht inkonsistent?

3)

Haben Sie auf der diplomatisch, politischen Ebene keine kreativen Ideen, die zu einem Frieden führen könnten?

4)

Angenommen, Deutschland wird in den Krieg hineingezogen und über eine Mobilmachung der wehrfähigen Menschen wird abgestimmt.

Werden Sie dann für die Mobilmachung der wehrfähigen Menschen stimmen?

5) Zur Information

Ihnen ist sicher bekannt, dass der türkische Staat seit dem 20. Januar 2018 mit Hilfe islamistischer Terrorbanden (die in Europa und auch in Deutschland Massaker veranstalten), einen Angriffskrieg gegen Afrin führt und der Ex Außenminister Gabriel durch Waffenlieferungen diesen Krieg mitorganisiert hat.

Siehe dazu:

<Zitatbeginn>

<http://www.tagesschau.de/ausland/afrin-ruestungsexporte-101.html>

Insgesamt genehmigte die Bundesregierung seit dem 20. Januar 2018, dem Beginn der türkischen Militäroffensive "Olivenzweig" gegen kurdische Milizen in der nordwestsyrischen Region Afrin, neue Rüstungslieferungen in Höhe von knapp 4,4 Millionen Euro. Im Zeitraum direkt davor - vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018 - betrug der Genehmigungswert fast zehn Millionen Euro.

<Zitatende>

<Zitatbeginn>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/tuerkei-waffenlieferung-deutschland-nato-partner>

Der am Mittwoch (d.h. 14.3.18) ausgeschiedene Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte noch im Februar versichert, dass seit Beginn der Operation Olivenzweig ein kompletter Exportstopp für die Türkei gelte.

"Wir haben keinerlei Rüstungsgüter geliefert wegen der Auseinandersetzung im Norden Syriens.

Das ist in Deutschland verboten, selbst einem Nato-Partner wie der Türkei Rüstungsgüter zu liefern", sagte er in den ARD-tagesthemen am 16. Februar, dem Tag der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel aus türkischer Haft.

Im Januar hatte Gabriel bereits erklärt, die damals geschäftsführende Bundesregierung werde wegen der Offensive in Syrien keine neuen Entscheidungen über Rüstungsexporte in die Türkei mehr fällen, sondern dies dem neuen Kabinett überlassen.

Kurz nach Yücel's Freilassung wurden allerdings Berichte bekannt, denen zufolge offenbar in den Wochen zuvor zahlreiche Genehmigungen erteilt worden waren.

Die Berichte bezogen sich auf den Zeitraum vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018.

<Zitatende>

Wie beurteilen Sie das damalige Verhalten von Ex-AM Gabriel ?

Wenn Sie es missbilligen: Was haben Sie dagegen getan?

PS:

Meine Fragen sollen dazu dienen, einen Diskurs zu eröffnen.

Dieser Diskurs soll für alle Interessierten transparent gemacht werden.

Deshalb soll dieser im Internet veröffentlicht werden.

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihrer Antwort innerhalb dieses Diskurses zu ?

mfg

Carl-Heinz Barner

72622 Nürtingen